



TÜRKEI BULLETIN 18/17

Berichtszeitraum: 18. - 30. September 2017

Inhalt: Trotz Säbelrasseln: Kurdistan führt Referendum zur Unabhängigkeit durch, Unruhe in der Regierungspartei – Istanbuls Bürgermeister muss gehen, Islamisierung der Bildung? Schuljahr beginnt mit großen Problemen, ‘Nazis im Bundestag’ - Reaktionen aus Ankara auf die Bundestagswahl, Expats fühlen sich willkommen – auch in der Türkei

Überblick

Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat den USA die Übergabe eines inhaftierten Amerikaners im Austausch gegen die Auslieferung des muslimischen Predigers Fethullah Gülen – den Ankara für den Putschversuch von 2016 verantwortlich macht - in Aussicht gestellt. Erdoğan sagte: „Und dann sagen sie (die Trump-Administration) uns: Gebt uns noch diesen Pastor. Aber Ihr habt auch einen Pastor (F.Gülen). Gebt ihn uns und wir geben Euch den anderen.“ Bei dem US-Bürger handelt es sich um den evangelikalen Geistlichen Andrew Brunson, dessen Freilassung Washington fordert. Brunson war nach rund zwei Jahrzehnten Aufenthalt in der Türkei im vergangenen Oktober in Untersuchungshaft genommen worden. Ihm werden Verbindungen zur Gülen-Bewegung zur Last gelegt. Im Zusammenhang mit dem Putschversuch vom vergangenen Jahr sitzen in der Türkei nach Angaben des Ministerpräsidenten Binali Yıldırım 54.400 Menschen in Untersuchungshaft. Fast 5.000 Prozesse seien eröffnet worden. Etwa 101.000 Menschen hätten bei der zuständigen Regierungskommission Beschwerde gegen ihre Entlassung oder Suspendierung aus dem Staatsdienst eingelegt.

Rund zwei Wochen nach seiner Festnahme wurde der Anwalt des türkischen Oppositionsführers, Kemal Kılıçdaroğlu, wieder freigelassen. Das Gericht habe allerdings eine Ausreisesperre gegen Celal Çelik erlassen, so Nachrichtenagenturen. Gegen Çelik werde weiterhin wegen Unterstützung von Terrororganisationen ermittelt.

Im Prozess gegen Mitarbeiter der oppositionellen Zeitung ‘Cumhuriyet’ hat ein türkisches Gericht die Freilassung des renommierten Journalisten Kadri Gürsel angeordnet. Der Richter habe erklärt, Gürsel komme nach elf Monaten Haft bis zu einem Urteil unter Auflagen auf freien Fuß, der Vorwurf der Verbindungen zu terroristischen Gruppen aber bleibe bestehen, so Medien. Vier weitere Journalisten, darunter der Investigativjournalist Ahmet Şık, sind weiterhin inhaftiert. Der nächste Prozesstermin ist auf den 31.Oktobe angesetzt. Den insgesamt 17 angeklagten Journalisten und Mitarbeitern von ‘Cumhuriyet’ wird die Unterstützung der Gülen-Bewegung und/oder der kurdischen Terrororganisation PKK vorgeworfen.

Aus Protest gegen ein Kurden-Festival in Köln hat Ankara den deutschen Botschafter Martin Erdmann – zum 17. Mal in zwei Jahren - ins Außenministerium zitiert. Die Türkei verurteile „nachdrücklich“, dass die von Sympathisanten der verbotenen kurdischen Terrororganisation PKK organisierte Veranstaltung erlaubt und es geduldet worden sei, „dass dort Terrorpropaganda betrieben wurde“, erklärte das Ministerium. Das Festival, an dem mehrere Tausend Menschen teilnahmen, stand unter dem Motto „Freiheit für Öcalan, Status für Kurdistan, Demokratie für den Mittleren Osten“. Gefordert wurde u.a. die Freilassung des in der Türkei zu lebenslanger Haft verurteilten Anführers der PKK, Abdullah Öcalan. Ankara wirft Berlin immer wieder vor, nicht konsequent gegen Anhänger der PKK in Deutschland vorzugehen, die auch in Deutschland seit 1993 verboten ist. Seit kurzem ist zudem das öffentliche Zeigen von Öcalan-Porträts untersagt.

Wissenschaftlerinnen in der Türkei sind in den letzten Wochen daran gehindert worden, an einer Tagung zum Thema Genozid an den Armeniern in Berlin teilzunehmen. Doğu Perinçek, verurteilter Ge-

nozidleugner und Chef der ultranationalistischen Vatan-Partei, forderte den türkischen Hochschulrat YÖK auf, „die Universitäten und ihre Lehrbeauftragten an diesen türkeifeindlichen Aktivitäten zu hindern“. Die Medienkampagne trug Früchte: Es wurde Anzeige gegen die Präsidenten der Istanbuler Universitäten Koç und Sabancı sowie gegen die Universitätsangehörigen Hülya Adak und Zeynep Türkyılmaz erstattet – wegen Beleidigung des Türkentums nach §301 Strafgesetzbuch. Aufgrund der Medienkampagne konnte Hülya Adak an der Tagung nicht teilnehmen; auch Wissenschaftler von anderen türkischen Universitäten waren betroffen.

Trotz Säbelrasseln: Kurdistan führt Referendum zur Unabhängigkeit durch

Das wichtigste Thema der letzten beiden Wochen in der Türkei war das umstrittene Unabhängigkeitsreferendum in der Autonomen Region Kurdistan (ARK) des Nord-Irak. Trotz eines gerichtlichen Stopps und trotz aller Drohungen aus dem Ausland fand die Abstimmung über die Unabhängigkeit der ARK am 25. September statt. Laut Angaben der Wahlkommission haben sich die Bürger des Nordirak mit überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit ausgesprochen. Bei einer Wahlbeteiligung von 72% votierten 92% für eine Abspaltung vom Irak. Doch das Ergebnis ist rechtlich nicht bindend. Die Mehrheit für die Unabhängigkeit führt nicht automatisch zur Abspaltung der Kurdenregion, die seit 1991 über weitreichende Autonomie verfügt. Das Resultat wird aber die Verhandlungsposition des bis zum Referendum innenpolitisch umstrittenen Kurdenpräsidenten Massoud Barzani gegenüber Bagdad sowie seine Stellung gegenüber innenpolitischen Rivalen erheblich stärken. Großes Konfliktpotential birgt der Streit zwischen Kurden und irakischen Arabern um die ölige Provinz Kirkuk. Sie untersteht offiziell der Zentralregierung in Bagdad, wird aber auch von den Kurden beansprucht. Zwei Tage vor der Abstimmung tötete eine Autobombe in Kirkuk drei Zivilisten, was verdeutlichte, wie explosiv die Situation vor Ort ist.

Noch vor der offiziellen Bekanntgabe des Ergebnisses hatte Barzani den Sieg der Separatisten verkündet. In einer Fernsehansprache rief er die irakische Zentralregierung zu Dialog und Verhandlungen auf; er forderte Bagdad und alle Nachbarstaaten auf, den Willen des kurdischen Volkes zu respektieren: „Wir sind in eine neue Phase eingetreten.“ Den Appell, jetzt in Verhandlungen mit den Kurden einzutreten, beantwortete die irakische Zentralregierung mit einer ultimativen Drohung. Der irakische Premier al-Abadi forderte die Kurden auf, binnen drei Tagen die Kontrolle über die Flughäfen des Nord-Irak an die Zentralregierung zu übergeben. Ansonsten werde man den Luftraum sperren und keine Flüge mehr aus dem oder in den Nordirak zulassen.

Der Abstimmung war zuvor ein tagelanges Säbelrasseln vorausgegangen. Zwei weitere Staaten der Region mit substantieller kurdischer Bevölkerung – die Türkei und der Iran – hatten die kurdische Führung eindringlich dazu aufgefordert, das geplante Unabhängigkeitsreferendum abzusagen. Andernfalls hatten sie mit Gegenmaßnahmen gedroht. Sie befürchten, dass sich ihre eigenen kurdischen Minderheiten ermutigt fühlen könnten, ebenfalls die Unabhängigkeit anzustreben. Das türkische Kabinett und der Nationale Sicherheitsrat hatten die Abstimmung als „illegal und inakzeptabel“ bezeichnet und mit diplomatischen, politischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Sanktionen gedroht, die bei Abhaltung des Referendums greifen sollten. Wenige Tage vor der Abstimmung wurde ein Mandat, das türkische Militäreinsätze im Irak und Syrien erlaubt, verlängert. Die türkische Armee hielt gemeinsam mit irakischen Truppen ein Manöver nahe der Grenze zum Irak ab, das den Kurden die militärische Option vor Augen führen sollte. Präsident Erdoğan kündigte am Tag der Abstimmung sogar die Schließung der Grenze zur Kurdenregion an: Der Grenzübergang Habur (bei Silopi/Prov. Sirnak) werde in beiden Richtungen geschlossen. Zudem drohte Erdoğan den Kurden mit dem Stopp der für sie lebenswichtigen Ölexporte: „Anschließend werden wir sehen, an wen sie ihr Öl verkaufen. Der Hahn ist bei uns. Sie sind erledigt, sobald wir ihn zudrehen“, erklärte Erdoğan, der den Volksentscheid erneut als „illegal“ verurteilte. Doch auch die Türkei hätte bei ökonomischen Sanktionen viel zu verlieren: Es wären 1.300 im Nordirak tätige türkische Firmen davon negativ betroffen, ebenso die Exportroute in die Türkei, über die täglich 500.000 Fass Rohöl verkauft werden; zudem wäre die „Carte blanche“ für die türkische Armee im Nordirak gefährdet, die dort Stützpunkte der PKK bombardiert und mit Barzanis Einwilligung auch eine Militärbasis in der Nähe von Mosul unterhält.

Auch die USA und die Vereinten Nationen hatten eine Absage des Unabhängigkeitsreferendums gefordert und argumentiert, die Abstimmung lenke „von den Bemühungen zum Sieg über den Islamischen Staat und zur Stabilisierung befreiter Gebiete ab“, wie es in einer Erklärung der US-Regierung geheißen hatte. Lediglich die israelische Regierung hatte sich - als einzige weit und breit - für einen unabhängigen Kurdenstaat ausgesprochen. Doch die Drohungen hinderten Barzani und die Kurden nicht daran, das Referendum wie geplant abzuhalten. Nach Bekanntwerden des eindeutigen Ergebnisses feierte man ausgelassen auf den Straßen; durch die nordkurdische Hauptstadt Erbil fuhren hupende Autos, teilweise brach der Verkehr zusammen. Menschen tanzten auf den Gehsteigen und schwenkten rot-weiß-grüne kurdische Fahnen.

Ankara, das mit seinen Drohungen nichts erreicht hat, verschärfte umgehend seine Tonlage. Präsident Erdoğan bezeichnete die Abstimmung als „Verrat“ an seinem Land. Obwohl die Beziehungen zwischen der Regionalregierung in Erbil und Ankara bisher gut gewesen seien, habe Barzani die Türkei vor dem Referendum nicht um Rat gefragt. Die irakischen Kurden würden hungern, wenn die Türkei keine Lastwagen mehr in die Region ließe, erklärte Erdoğan am Tag nach der Abstimmung. Er drohte zudem mit einem Stopp des kurdischen Ölexports und einer militärischen Intervention im Nordirak nach dem Vorbild des türkischen Einmarschs in Syrien. „Wir können eines Nachts ganz plötzlich kommen“, so Erdoğan. So sei die Türkei auch in Syrien verfahren. „Wenn es sein muss, werden wir nicht davor zurückschrecken, auch im Irak solche Schritte zu unternehmen.“ Das Referendum nannte der Präsident „null und nichtig“. Kurz vor Erdogans Ansprache hatte das türkische Außenministerium türkische Staatsbürger zur Ausreise aufgerufen und eine Reisewarnung für die ARK ausgesprochen.

Wenige Tage später ließ Ankara der Ankündigung Taten folgen. Iraks Regierungschef Haidar al-Abadi teilte mit, sein türkischer Kollege Yıldırım habe ihm in einem Telefonat zugesagt, die „Ausfuhr von Öl auf die irakischen Bundesbehörden zu beschränken“. Yıldırım selbst erklärte in der türkischen Stadt Çorum, der Transport von Öl sei in der Absprache mit Bagdad „inbegriffen“; Einzelheiten nannten die beiden Regierungschefs nicht. Unklar ist, ob auch laufende Abkommen mit den Kurden im Nordirak betroffen sind. Die Türkei und die ARK pflegen bisher enge Wirtschaftsbeziehungen, vor allem im Bereich Öl, der Haupteinnahmequelle der ARK. So exportieren die Kurden täglich mehr als 500.000 Barrel über eine Pipeline ins Nachbarland. Auch Teheran gab bekannt, dass der Iran den Handel von Ölprodukten mit der Kurdenregion gestoppt habe. Nach dem Landweg suspendierte die Türkei auch den Flugverkehr mit dem Nordirak: Die halbstaatliche Turkish Airlines und private türkische Fluglinien erklärten, dass sie vorerst die Flughäfen der ARK nicht anfliegen würden.

Auch die USA erklärten, das Ergebnis der Abstimmung nicht anzuerkennen. Beim Referendum handele es sich um eine „einseitige“ Maßnahme, der es an „Legitimität“ fehle, so US-Außenminister Rex Tillerson.

Unruhe in der Regierungspartei – Istanbuls Bürgermeister muss gehen

Nach 13 Jahren im Amt ist Kadir Topbaş, Oberbürgermeister Istanbuls, der größten Stadt der Türkei mit geschätzten 17 Mio. Einwohnern, zurückgetreten - und hat damit die türkische Öffentlichkeit überrascht. Er verlasse sein Amt, so Topbaş auf seiner Pressekonferenz, „aber ich trete nicht aus meiner Partei aus“. Der 72-jährige AKP-Politiker machte keine Angaben zu den Gründen für seine Entscheidung.

Schon seit Monaten spricht Erdoğan von „Materialermüdung“ und empfiehlt denjenigen AKP-Repräsentanten, die amtsmüde seien, ihr Amt niederzulegen. Seitdem hängt diese Aussage wie ein Damoklesschwert über den Abgeordneten, Bürgermeistern und Funktionären seiner islamisch-konservativen Partei. Nach 15 Jahren an der Macht knirscht es im Gebälk der AKP. „Ich bin nicht müde“, machte Topbaş klar, als ob er damit Erdogan entgegen treten wolle. Der Abgang von Topbaş hat den Vorhang vor den Grabenkämpfen in der Regierungspartei weggezogen. Spätestens seit dem April-Referendum über die Präsidialverfassung stand der scheidende Bürgermeister unter erhebli-

chem Druck, nachdem in Istanbul, ebenso wie in der Hauptstadt Ankara, die Gegner von Erdoğan gesiegt hatten. Ein Vorfall vor wenigen Tagen brachte das Fass zum Überlaufen. Topbaş, ein frommer Architekt, fühlte sich bedrängt durch seine eigene Fraktion im Stadtparlament. Der 72-Jährige hatte sein Veto gegen fünf große Bebauungspläne eingelegt, die mit den Stimmen der AKP-Abgeordneten angenommen worden waren. Die Aufforderung des Bürgermeisters, die Pläne zu überarbeiten, beeindruckte sie nicht: die AKP-Fraktion im Stadtparlament überstimmte das Veto von Topbaş, dessen Autorität schien dahin.

Doch dieser Vorfall ist nicht der einzige mögliche Grund für den Rücktritt Topbaş'. Er war schon seit Längerem angeschlagen. Im Juni war sein Schwiegersohn erneut kurzzeitig festgenommen worden als angebliches Mitglied der Gülen-Bewegung. Er kam jedoch – ganz anders als die unter Terrorvorwürfen inhaftierten Journalisten und Bürgerrechtler der Türkei – schnell wieder frei, ebenso wie der ebenfalls als Gülenist festgenommene Schwiegersohn des früheren Parlamentspräsidenten und AKP-Mitgründers Bülent Arınç. Nach diesen beiden Fällen hatten Kritiker schon von einer möglichen Welle von „Schwiegersohn-Affären“ in der AKP gesprochen. Für die Partei war das ein Schock. Die gemeinsame Vergangenheit mit der Gülen-Bewegung kehrt immer wieder wie ein Alptraum zurück. Es kursieren Gerüchte über amtierende und frühere Minister, die in Wahrheit Gülenisten seien. Die große Säuberung ist in der AKP bisher jedoch ausgeblieben, anders als in Behörden, der Polizei und der Armee.

Die AKP bemühte sich, rasch einen neuen Oberbürgermeister ins Amt zu hieven. Nach nur einer Woche war dieser gefunden: Mevlüt Uysal, von Beruf Anwalt, seit 2009 Bürgermeister des schnell wachsenden Stadtbezirks Başakşehir an der nordwestlichen Peripherie der Bosporusmetropole, wurde vom Stadtparlament mit 179 von 307 gültigen Stimmen zum neuen Oberbürgermeister der Stadt gewählt. Uysal ist nicht unumstritten: Er war Anwalt jener Angeklagten, die 1993 einen Brandanschlag auf ein Hotel in der zentralanatolischen Stadt Sivas verübt, bei dem 37 Künstler, zumeist alevitischen Glaubens, ums Leben gekommen waren. Es handelte sich um einen pogromartigen Angriff eines radikal-islamischen Mobs auf Teilnehmer eines alevitischen Festivals.

Der Posten des Oberbürgermeisters von Istanbul gilt als eine Schlüsselstellung in der AKP. Auch Präsident Erdoğan war zwischen 1994 und 1999 Oberbürgermeister der Metropole, bevor er dann 2003 Ministerpräsident des Landes wurde. Kritiker gehen davon aus, dass nun auch die Zeit für Melih Gökçek, den langjährigen Oberbürgermeister der Hauptstadt Ankara, gekommen sein könnte; auch er steht schon seit Längerem in der Kritik.

Islamisierung der Bildung? Schuljahr beginnt mit großen Problemen

Am 18. September begann in der Türkei das neue Schuljahr für etwa 18 Mio. schulpflichtige Kinder und Jugendliche. Doch in diesem Jahr gibt es viel Streit über den Inhalt des Schulprogramms. Kritiker werfen der Regierung vor, die Gesellschaft zu islamisieren. Bildungsminister Ismet Yılmaz dagegen lobt die neuen Lehrpläne als die „demokratistischsten, wissenschaftlichsten, modernsten, die je gemacht worden sind“. Darwins Evolutionstheorie ist aus den Lehrbüchern entfernt worden, zum Leidwesen der Kemalisten auch das Kapitel „Ich lerne das Atatürk-Wesen und die Atatürk-Reformen“ in einem Sozialkundebuch für die Mittelschule. Zehnjährige befassen sich dafür künftig mit den Vorzügen des neuen Präsidialsystems von Staatschef Erdoğan, „unserem Oberbefehlshaber“. Die neue Verfassung der Türkei festige die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Justiz, heißt es dort.

Mehmet Somel, der Leiter der türkischen Gesellschaft für Ökologie und Evolutionsbiologie, erklärte, türkische Schüler würden zukünftig nicht einmal wissenschaftliche Grundlagen verstehen können, wenn sie nicht von der Evolution erfahren. „Wir werden keine guten Ärzte, guten Wissenschaftler her vorbringen können, wenn Schüler die Sekundarstufe mit diesem Niveau an Ignoranz abschließen“, so Somel. Durch mangelnde Beschäftigung mit der Evolution würden z. B. Ärzte künftig den kausalen Zusammenhang zwischen übermäßigem Gebrauch von Antibiotika und resistenten Mikrobenarten nicht erkennen.

Aufgewertet wird im neuen Schuljahr die religiöse Erziehung; jede neue Schule muss über einen Gebetsraum verfügen. Irritationen hatte der Bildungsminister schon zuvor ausgelöst, als er ankündigte, im neuen Lehrplan werde auch der Begriff des Dschihad Platz finden. Der Westen verbinde den Begriff mit Gewalt, hatte Yılmaz moniert. Die „wahre Bedeutung“ aber sei, „sein Vaterland zu lieben“. Diese „korrekte“ Interpretation solle im obligatorischen Religionsunterricht gelehrt werden. Wegen der einseitigen Ausrichtung auf die sunnitische Lehre wehren sich die Aleviten seit Jahren gegen den Zwangs-Religionsunterricht. Vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte klagten türkische Aleviten im vergangenen Jahr erfolgreich. Die Richter verlangten die Wiedereinführung der freien Wahl beim Religionsunterricht. Ankara weigert sich aber, das Urteil umzusetzen.

Unter Beschuss kommen die neuen Lehrbücher auch, weil sie ein konservatives Geschlechterbild zementieren. Ein Foto etwa zeigt eine verschleierte Frau, die sich um Haus und Kinder kümmert. Die Frau habe sich in der Familie dem Mann unterzuordnen, lernen türkische Schüler in einem neuen Lehrbuch zum Leben des Propheten Mohammed. Dies sei nicht zutreffend, korrigierte Alper Durmuş, Vorsitzender des „Ausschusses für Bildung und Erziehung“ (türk.: Talim ve Terbiye Kurulu/TTK), der das türkische Bildungsministerium in sämtlichen Curriculum-Fragen berät. „Ehepartner schulden einander Gehorsam und Loyalität“, heiße es im Buch. Wenn sich die Rolle des Haushaltvorstands vom Mann zur Frau verschiebe, dann änderten sich auch die Verpflichtungen, so Durmuş. Dann müsse der Mann der Frau „gehorchen“. Was er unter „Haushaltvorstand“ versteht und wieso überhaupt jemand jemandem „gehorchen“ müsse, ließ Durmuş offen.

Das Lehrbuch ist in erster Linie für den Unterricht an den sogenannten Imam-Hatip-Schulen gedacht, religiösen Gymnasien, die eigentlich der Ausbildung zum Imam dienen. Erdoğan selbst besuchte in den 1960er Jahren eine derartige Schule, zu einer Zeit, als Imam-Hatip-Schulen noch ein Randdasein fristeten. Das hat sich seitdem gründlich geändert: Anfang 2003, zu Beginn der AKP-Ära, besuchten weniger als 100.000 Kinder eine religiöse Schule; nach 15 Jahren AKP-Regierung sind es knapp 1,3 Mio. In einer Rede hatte Erdoğan bereits 2012 offenbart, dass er eine „fromme Nation“ heranziehen wolle. Insgesamt sind derzeit von rund 28.000 Schulen der Mittel- und Oberstufe etwas mehr als 4.000 Imam-Hatip-Schulen.

Doch trotz aller Reformen sinkt die Einschulungsrate. Fast zwei Mio. Kinder wurden laut Bildungsministerium 2017 nicht eingeschrieben; mit 91% fiel die Rate auf das Niveau von 2007 zurück. 2013 waren laut Statistikamt noch fast 100% aller Kinder der entsprechenden Jahrgänge in den Grundschulen eingeschrieben. Die Lehrergewerkschaft Eğitim-Sen macht für den Rückgang die umstrittene Schulreform der AKP im Jahre 2012 („System 4+4+4“, vergl. hierzu das Türkei-Bulletin 17/2012) verantwortlich, aber auch die Erschütterungen im Bildungsbereich nach der Verhängung des Ausnahmezustands. 33.000 Lehrer – vier Prozent aller Lehrer – und 5.600 Hochschuldozenten und Wissenschaftler sind nach offiziellen Angaben entlassen worden. Manche stören sich zudem an der einseitigen Darstellung des vereitelten Putsches von Juli 2016. Statt die traumatische Julinacht differenziert aufzuarbeiten, wird sie propagandistisch ausgeschlachtet und der Sieg der Regierung über die Putschisten als „legendäres und heroisches Epos“ dargestellt. Kritiker befürchten, dass eine religiös-dogmatische Ausbildung, welche die wissenschaftliche Fortschritte ausblendet und kritisches Denken unterdrückt, zum Standard wird. Damit würde sich die Türkei von einem westlich geprägten Bildungswesen verabschieden. Die Lehrergewerkschaft Eğitim-Sen wehrt sich juristisch gegen die Lehrpläne, da diese ihres Erachtens die laizistische Verfassung verletzen. Doch angesichts der politischen Gleichschaltung der Justiz ist dies ein ziemlich aussichtsloses Unterfangen.

Ein anderes Beispiel aus der aktuellen türkischen Bildungspolitik zeigt, wie sehr sich die Türkei zu einem Ein-Mann-Regime entwickelt hat. Nur vier Tage nachdem Staatschef Erdoğan eher beiläufig erklärt hatte, die Zugangsprüfung zur schulischen Oberstufe - die sogenannte TEOG-Prüfung - solle abgeschafft werden, meldete Bildungsminister Ismet Yılmaz: Auftrag erfüllt; die Prüfung sei mit sofortiger Wirkung abgeschafft. Das Examen setze die Schüler zu stark unter Druck, so die Begründung; man habe Kinder wie Rennpferde behandelt, so Yılmaz, der wie ein Echo Erdogans klang. Der Abschaffung der Prüfung war keinerlei politische Debatte vorausgegangen. Das TEOG-Examen entschied bisher darüber, wer von jährlich rund 1,3 Mio. Kandidaten einen der begehrten 400.000 Plätze

an einem öffentlichen Gymnasium erhält. Für leistungsschwächere Schüler, deren Eltern zudem nicht über die finanziellen Mittel für den alternativen Besuch einer Privatschule verfügen, bleibt oft nur ein Platz an einer religiösen Imam-Hatip-Schule.

Zwar hatten auch regierungsunabhängige Bildungspolitiker Kritik an dem harten Auswahlsystem geübt. Gleichwohl herrscht unter Eltern und Lehrern Unsicherheit, was auf TEOG folgen wird. Minister Yılmaz äußerte sich vage und meinte sinngemäß: „Vertraut uns, wir führen das Land in die Zukunft“. Diese Botschaft überzeugt allenfalls die treuesten Anhänger der Regierungspartei - zumal die TEOG-Prüfung erst im Schuljahr 2013/14 von der AKP selbst eingeführt und bis vor kurzem immer wieder gelobt worden war. Die säkulare Opposition argwöhnt, die überraschende „Reform“ – die fünfte innerhalb von 13 Jahren – ziele auf eine Stärkung der religiösen Schulen ab. Künftig könnte bei der Schulzuteilung schlicht die Wohnadresse die ausschlaggebende Rolle spielen. Angesichts der zahlreichen Neugründungen und des in der Folge immer feinmaschiger werdenden Netzes von Imam-Hatip-Schulen dürften diese für viele Familien die einzige Option darstellen. In den religiösen Bildungseinrichtungen, für die Ankara in den nächsten drei Jahren bereits mehr Mittel bereitstellt als für technisch-naturwissenschaftliche Schulen, werden traditionell primär Imame ausgebildet.

Dass die ideologisch angehauchte Reform dem Schwellenland hilft, Schwächen im Bildungssystem auszubügeln, darf bezweifelt werden. Verschiedene Indikatoren zeigen vielmehr, dass die Türkei im internationalen Vergleich zurückgefallen ist. In der Pisa-Studie, die u. a. den Wissensstand von 15-Jährigen in naturwissenschaftlichen Fächern und die Lesefähigkeit misst, rutschte die Türkei zwischen 2012 und 2015 vom 44. auf den 49. Platz der 72 untersuchten Länder ab.

‘Nazis im Bundestag’ - Reaktionen aus Ankara auf die Bundestagswahl

Die Bundestagswahl hat auch im entfernten Ankara hohe Wellen geschlagen. Ministerpräsident Yıldırım gratulierte Kanzlerin Merkel zum Wahlerfolg und ließ erkennen, dass er nach der Wahl auf eine Normalisierung im Verhältnis zu Berlin hofft. Man müsse ein „ein neues Kapitel“ aufschlagen und die Beziehungen „reparieren“, so der türkische Premier in einem Fernsehinterview: „Kehren wir zur Normalität, zur Arbeit zurück, kümmern wir uns um unsere Angelegenheiten.“ Bundeskanzlerin Angela Merkel habe nun erkannt, dass der Streit mit der Türkei keine Stimmen gebracht habe. „Wer hat gewonnen? Die Rassisten haben gewonnen!“ Deutschland müsse sein Verhalten gegenüber den Mitgliedern der Gülen-Bewegung und der PKK ändern. „Für uns ist das ein sensibles Thema“, so Yıldırım. Mehdi Eker, Präsidiumsmitglied der regierenden AKP, hofft, dass sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern nach den Bundestagswahlen wieder normalisieren werden. „Im Moment profitieren viele davon, die Türkei zu dämonisieren“, glaubt er. Während er das bis zu einem gewissen Grad für „normal in der Politik hält“, sieht er in Deutschland einen Hang zur Boshaftigkeit. Regierungsberater, wie Ozan Ceyhun, üben sich derweil in Wahlarithmetik: Die SPD hält man für den größten Verlierer der Wahl.

Präsident Erdoğan zeigte sich nach dem Wahlergebnis selbstsicher und gönnerhaft. Die Wahl sei eine Lehre, so der türkische Staatschef. „Wir haben ein paar Dinge gesagt“, räumte er ein - und bezog sich damit wohl auf seine Nazi-Beleidigungen gegenüber der deutschen Regierung und seinen Aufruf an die türkeistämmigen deutschen Wähler, weder SPD, CDU oder Grünen ihre Stimme zu geben. Sie hätten die Dinge verdreht, so Erdoğan zu den deutschen Politikern. Nach dem Wahlergebnis aber sei die Wahrheit offensichtlich: „Wir haben überhaupt kein Problem mit der Demokratie, mit den Völkern, mit dem Standard an Freiheiten.“ Wenn es Probleme gebe, dann bei den dortigen Führungen, sagte Erdoğan mit Anspielung auf die Bundesregierung. Erdoğan zeigte sich sicher, dass die Koalitionsbildung in Berlin schwierig werde: „Ihr werdet sehen, sie werden keine Regierung bilden können. Das wird einige Monate in Anspruch nehmen.“ Die deutschen Parteien seien zu sehr auf die Türkei fixiert: „Warum versucht ihr uns in einer Wahl zu benutzen, die in Deutschland abläuft?“ Weiter sagte er, dass auch die Niederlande gegen die Türkei „gehetzt“ hätten: „Noch immer haben die Niederlande keine Regierung bilden können. Sie glauben, dass sie punkten können, wenn sie gegen die Türkei hetzen. Sie glauben, dass sie dann etwas erreichen. Seht her, ihr könnt damit nichts erreichen.“

Auch in den türkischen Medien war die Bundestagswahl sehr präsent. Türkische Zeitungen sehen nach dem starken Abschneiden der AfD eine „Rückkehr von Nationalsozialisten“ in den Bundestag. Die Titelschlagzeile der Boulevardzeitung Posta lautete am Tag nach der Wahl: „Hitler im Parlament“. Daneben war ein Hitler-Foto mit zum Nazi-Gruß ausgestrecktem Arm abgebildet. Die Zeitung schreibt: „Das Ergebnis der Wahlen, die gestern in Deutschland abgehalten wurden, hat die Welt schockiert.“ Den Stimmenverlust für die Union kommentiert das Blatt mit den Worten: „Merkel hat geblutet.“ Die regierungsnahe Zeitung Star macht einen „Nazi-Schock in Deutschland“ aus; man führt den AfD-Erfolg auf die türkeifeindliche Politik der Großen Koalition zurück: „Der türkeifeindliche Hass-Diskurs von Merkel und ihrem Koalitionspartner Schulz hat den Rechtsextremisten genützt. Die Neo-nazis sind erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg ins Parlament eingezogen.“ Mit Blick auf Merkel und Schulz heißt es: „Sie haben Hass gesät und Enttäuschung geerntet.“ Die Schlagzeile der Zeitung Habertürk lautet: „In Deutschland sind die Rassisten im Parlament“; ähnlich das Krawallblatt Akşam: „Der Nazismus ist auferstanden.“ Auch die eher schlichte Analyse der regierungskritischen Zeitung Cumhuriyet unterscheidet sich in der Wertung des AfD-Ergebnisses kaum von den AKP-nahen Zeitungen (Zitat: „Auch die Nazis sind im Parlament). Der regierungsnahe TV-Sender TGRT und andere Medien zeigten einen Stimmzettel aus Bayern, auf den ein Wähler „Erdoğan“ geschrieben und daneben ein Kreuz gesetzt hatte. Türkische Politologen, wie Sinan Ülgen, sehen bereits den türkischstämmigen Grünen-Chef Cem Özdemir als möglichen nächsten Außenminister einer Jamaika-Koalition, sollte die FDP das Finanzressort erhalten.

Expats fühlen sich willkommen – auch in der Türkei

Im Jahre 2007 haben drei beruflich vielgereiste Bundesbürger ihre persönlichen Erfahrungen als „Expats“, d. h. als (befristet) im Ausland lebende und berufstätige Menschen, zu einer Geschäftsidee umgemünzt. Sie gründeten in Köln die Medienplattform „InterNations“, die inzwischen ca. 1,5 Mio. Menschen in knapp 200 Ländern und 400 Städten weltweit miteinander vernetzt und Informationen aller Art liefert, die für „Expats“, aber auch „Repats“ (Rückkehrer aus dem Ausland) interessant sein können. Für ihre 2017 zum vierten Male publizierte Umfrage unter Expats („Expat Insider 2017“) hat InterNations ca. 12.500 Personen aus 166 Herkunftsländern befragt. Dabei geht es jeweils um die Einschätzung von Lebensqualität und Lebenshaltungskosten, der Chancen, sich rasch am jeweils neuen Ort einzuleben, das Familienleben und die Arbeitssituation in 65 ausgesuchten Top-Destinationen für Expats.

Insgesamt gilt, dass sich die große Mehrzahl der Expats in ihrem jeweiligen Ankunftsland positiv aufgenommen fühlt. Das Hauptproblem bildet (für 42% der Befragten) allerdings die sprachliche Kommunikation im neuen Umfeld. Als besonders Expat-freundliche Staaten gelten 2017 Bahrain, Mexiko, Costa Rica und Portugal. Deutschland bewegt sich im Mittelfeld (Platz 23, direkt hinter Finnland, Norwegen und Schweden). Die Türkei rangiert lediglich auf Platz 56, direkt hinter Großbritannien und China.

Kategorisiert man die Befragten nach ihrer nationalen Herkunft, so fallen die türkischen Expats in einer Hinsicht aus dem Rahmen. Zwar sehen sich ca. 70% der befragten türkischen Bürger in keiner Weise im Ausland als „nicht willkommen“ an. Aber die Zahl der befragten Türken, die sich aufgrund ihres religiösen Bekenntnisses, d. h. als Muslime, benachteiligt fühlen (ca. 20% der Befragten) übersteigt andere Nationalitäten deutlich. Zu beachten ist dabei, wo sich türkische Expats besonders häufig aufzuhalten: Spitzensätze nehmen hier Deutschland, die Niederlande und die USA ein.